

Seine Ursache lag in der Verschiedenheit der Ausgangspunkte. Die Bischöfe fühlten sich in gesinnungsethischer Unbedingtheit verpflichtet, „gelegen oder ungelegen“ den sittlichen Grundsatz der Verantwortung des Staats für alles Leben, selbst das ungeborene, auch gegen den Zeitgeist verteidigen zu müssen. Sie waren davon überzeugt, daß sie sich mit dem Eingehen auf eine Kompromißlösung vor ihrem eigenen Gewissen und vor vielen ihrer Gläubigen den Vorwurf zuziehen würden, um eines pragmatischen politischen Erfolgs willen ihrem kirchlichen Lehrauftrag untreu zu werden. Sie mußten außerdem mit der Gefahr rechnen, daß das Nachgeben gegenüber einer gesetzlichen Lockerung des Abtreibungsverbots in eine stille Billigung der Abtreibung selbst umgedeutet werden könnte.

Anders die Parteien: Die Politiker (nicht nur der SPD) mußten sich von vornherein verantwortungsethisch an dem politisch Möglichen und Durchsetzbaren orientieren. Das hängt in einer Demokratie aber nicht von der Wahrheit, sondern von der Mehrheit ab. Je länger nun die Diskussion dauerte, um so weniger stieß die klare und harte Haltung der katholischen Bischöfe auf Zustimmung in der breiten Öffentlichkeit. Es entstand der Eindruck, als ob es sich beim legalen Abtreibungsverbot um ein spezifisch katholisches Anliegen handle, um den Versuch, eine kirchliche Moral allen Bürgern aufzuzwingen. So konnte sich die SPD am Ende als Verteidigerin einer demokratischen Mehrheitsauffassung gegen kirchlich-klerikalen Druck fühlen. Es bedurfte des Bundesverfassungsgerichts, um das Ergebnis

dieser Auseinandersetzung noch einigermaßen zu korrigieren.

In der Rückschau gibt es keinen Gewinner, nur Verlierer zu verzeichnen. Das Abtreibungsgesetz hätte zwar noch schlechter ausfallen können, aber die Kirche hat ihr Ziel, den Grundsatz von der Unantastbarkeit des ungeborenen Lebens im Recht und im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu verankern, nicht erreicht. Politisch ist sie für die Wahrung ihrer Anliegen wieder fast ganz auf die Unionsparteien angewiesen. In der SPD sind vor allem jene Politiker enttäuscht, die sich von einer Verständigung mit der Kirche eine Stärkung der Position der Mitte und des Ausgleichs auch in ihrer eigenen Partei erhofft hatten. Sie weisen darauf hin, daß die hohen Forderungen der Kirche politisch kaum erfüllbar waren und auch von der Mehrheit der Unionsparteien nicht voll übernommen wurden. Der katholische Wähler aber, der aus politischen Gründen der SPD seine Stimme geben möchte, sieht sich wieder in einen Loyalitätskonflikt mit seiner Kirche gebracht. Alle Beteiligten werden aus der Geschichte dieses Konflikts zu lernen haben, wie in einer Demokratie Kirche und Parteien besser zusammenwirken können, um Schaden von unserem Volk fernzuhalten.

Walter Kerber SJ

<sup>1</sup> Hermann Tallen, Die Auseinandersetzung über § 218 StGB. Zu einem Konflikt zwischen der SPD und der Katholischen Kirche. München: Schöningh 1977. 376 S. (Abhandlungen zur Sozialethik. 15.) Kart. 36,-.

## Zukunft durch kontrolliertes Wachstum

Wenn jemals ein Thema zur interdisziplinären Zusammenarbeit geeignet war oder richtiger gesagt sie unerläßlich erforderte, dann gewiß die Frage nach den Grenzen des Wachstums sowohl der Weltbevölkerung als insbesondere auch der Wirtschaft, die seit einer Reihe von Jahren in der Tagespresse, im wissenschaftlichen und halbwissenschaftlichen Schrifttum immer breiteren Raum einnimmt.

Hinsichtlich der wachsenden *Menschenzahl* sind Zweifelsfragen und Besorgnisse keineswegs neu. Schon vor bald 200 Jahren schlug R. Malthus Alarm. Er glaubte, weil die Menschenzahl dahin tendiere, sich in geometrischer Reihe zu vermehren, während die Nahrungsmittel sich nur in algebraischer Reihe vermehren ließen, müsse es, wenn der Vermehrung der Menschenzahl nicht Einhalt geboten



werde, unvermeidlich zur Katastrophe kommen. Wir wissen, daß dieser von Malthus angenommene Gegensatz oder Widerspruch zwischen geometrischer und algebraischer Reihe nicht zutrifft; was uns heute Sorge bereitet ist vielmehr, daß *beide*, sowohl die Menschenzahl als auch die Wirtschaft, exponentiell wachsen. In der Tat ist – insoweit hat Malthus richtig gesehen – das exponentielle Wachstum die letzte und entscheidende Ursache aller Schwierigkeiten. Exponentielles Wachstum oder Wachstum in geometrischer Progression führt erschreckend schnell über jedes endliche Maß und damit über die begrenzten Möglichkeiten unseres Raumschiffs Erde hinaus, und wenn auch sehr weit auseinanderliegende Meinungen darüber möglich sind, wo genau wir auf diese unübersteigliche Grenze stoßen, mit Sicherheit steht fest, daß sie nicht mehr in unabsehbarer Ferne liegt, wir uns ihr vielmehr in bedrohlicher Eile nähern.

So ist für uns nicht mehr wie für Malthus der vermeintliche Gegensatz zwischen dem zu raschen Wachstum der Weltbevölkerung und dem zu langsam hinterherkriechenden Wachstum der die Unterhaltsmittel bereitstellenden Wirtschaft der Grund der Sorge, sondern genau umgekehrt das unvergleichlich schnellere Wachstum, das in den fortgeschrittenen Ländern nicht etwa nur einige Wachstumsfanatiker, sondern in weitgehender Übereinstimmung die Wissenschaft, die Politiker und breiteste Kreise der Bevölkerung der *Wirtschaft* abgefordert haben und das unsere Politiker, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden und Vollbeschäftigung wiederherzustellen, auch weiterhin nicht nur postulieren, sondern forcieren zu müssen glauben.

Früher lautete die Frage schlicht: für wieviel Menschen ist auf dieser Erde Platz? Wieviel Menschen kann diese Erde überhaupt tragen und mit dem nötigen Lebensbedarf, vor allem Nahrungsmitteln versorgen? Daß es eine Grenze gibt, über die hinaus die Weltbevölkerung nicht wachsen kann, liegt auf der Hand; um das zu erkennen, bedarf es keines interdisziplinären Forscherteams. Anders, wenn es darum geht, zu bestimmen, wo diese Grenze liegt, ob wir ihr bereits bedrohlich

nahegekommen sind oder uns noch in weiter Ferne von ihr befinden. Neu und für viele erschreckend ist die Erkenntnis einer anderen, sehr viel näherliegenden Grenze. Viel dringender als die Frage, wieviel an Unterhalts-, vor allem an Nahrungsmitteln die Erde laufend, d. i. auf unbeschränkte Dauer produzieren kann, ist die Frage, wie lange die Vorräte der Natur an nicht regenerierbaren Gütern (Bodenschätze, insbesondere Energie) ausreichen bzw. bis wann sie durch den Raubbau, den wir an ihnen betreiben, aufgebraucht sein werden.

Und hier spielt nicht das immerhin langsame Wachstum der Weltbevölkerung die entscheidende Rolle, sondern die rasende Beschleunigung, mit der dieser Raubbau sich steigert, und wie er erst gar sich steigern würde, wenn auch nur die heutige gesamte Weltbevölkerung sich in gleichem Ausmaß daran beteiligte, wie vorerst nur die in den industriell fortgeschrittenen Ländern lebende Minderheit ihn sich gestatten kann – von vervielfachter künftiger Weltbevölkerung ganz zu schweigen. Wie groß die bekannten und beim heutigen Stand der Technik abbaufähigen Bodenschätze sind; was mutmaßlich an weiteren, noch nicht entdeckten Vorräten vorhanden ist und was an Erschließung bisher nicht abbauwürdiger Lager dank weiteren technischen Fortschritten zu erwarten steht, darüber können nur die einschlägigen naturwissenschaftlichen und technologischen Disziplinen Auskunft geben. Danach bestimmt sich, wieviel Zeit uns zur Verfügung steht, um den vorerst immer noch steigenden Raubbau zunächst einmal zu drosseln und zum guten Schluß völlig zu stoppen. Genaue Auskünfte darüber können auch sie nicht geben, aber sie können doch wenigstens einen Zeitrahmen abstecken, innerhalb dessen wir es geschafft haben müssen.

In Teil I des Buchs *„Zukunft durch kontrolliertes Wachstum“* von W. Dreier und R. Kümmel<sup>1</sup> (15–75) legen die an diesem interdisziplinären Dialog beteiligten Naturwissenschaftler in ebenso sachlich-nüchterner wie verständlicher Weise dar, was sowohl an Tatsachen als auch an Gesetzmäßigkeiten jeder unbedingt wissen muß, der auch nur der poli-



tischen Tagesdiskussion mit einigem Verständnis folgen will. In Teil II (77–131) knüpfen die Sozialwissenschaftler daran ihre Vorschläge.

Offenbar genügt nicht die bloße Kenntnis geeigneter Maßnahmen, mit denen der erforderliche Wandel sich herbeiführen läßt; dazu müssen diese Maßnahmen vielmehr wirklich und ernsthaft ergriffen werden. Demnach hängt alles davon ab, ob die Menschen sich dazu bereit finden. In demokratischen Gesellschaften läßt sich das nicht herbeiführen, indem ein weises Staatsoberhaupt oder eine weise gesetzgebende Versammlung das als notwendig Erkannte anordnet; es muß vielmehr eine Mehrheit gefunden werden, die bereit und entschlossen ist, die damit verbundenen Opfer und Verzicht auf sich zu nehmen. Es gilt also, eine möglichst große Mehrheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, daß das angestrebte Ziel unbedingt erreicht werden muß und daß die vorgeschlagenen Maßnahmen keine größeren Opfer verlangen, als dazu unerläßlich ist. Dazu leisten die an diesem Teil beteiligten Sozialwissenschaftler ihren redlichen Beitrag. Sie beschönigen nicht, übertreiben aber auch nicht die Schwierigkeit der Aufgabe; auch die dabei zu bringenden Opfer und Verzicht werden nicht verhehlt. Nur *eines* fehlt: das Patentrezept, wie man es macht. Gerade dadurch, daß sie ein solches nicht anbieten, beweisen sie ihre Redlichkeit und erwerben Vertrauen für die Aussagen, die sie, gestützt auf ihr Fachwissen, zu machen und zu verantworten imstande sind.

Was verbleibt, nachdem im ersten Teil die Naturwissenschaftler den vorgegebenen Sachverhalt, im zweiten Teil die Humanwissenschaftler (Ökonomen, Soziologen, Politologen) die praktisch-konkrete politische Aufgabe und die Chance, sie zu meistern, dargelegt haben, den *Theologen* im dritten Teil (133–192) zu behandeln noch übrig? Können sie uns Aufschluß geben, was Gott über diese Dinge denkt? Hat Gott darüber etwas geoffenbart? Läßt sich, wie zunächst zu erwarten, der Schöpfungstheologie, vielleicht aber doch auch der Erlösungstheologie, etwas darüber entnehmen? Selbst wenn die Antwort der Theo-

logen ein rundes Nein wäre, hätte es sich gelohnt, sie zu befragen. Ihre Antwort erschöpft sich aber nicht in einem bloßen Nein; sie haben mehr zu sagen, vor allem ein Mißverständnis richtigzustellen und eine grobe Beschuldigung zurückzuweisen.

Gewisse Kreise wollen die Schöpfungstheologie, genauer den Schöpfungsbericht der Hl. Schrift wegen zweier angeblich darin enthaltener Aufträge Gottes an die Menschheit verantwortlich machen sowohl für die heute schon bestehende oder doch in Kürze zu erwartende Übervölkerung der Erde als auch für den Raubbau, den wir an ihr betreiben. Diese Fehldeutung von Gen. 1,26–28 wird theologisch, näherhin exegetisch richtiggestellt durch eine einleuchtende und überzeugende, erstmals von *N. Lohfink* vorgelegte Auslegung, die inzwischen allgemeine Anerkennung gefunden oder mindestens von keiner Seite Widerspruch erfahren hat. Das Gebot oder besser der Segen „Wachset und mehret euch und erfüllet die Erde“ ist damit erfüllt, daß das Gottesvolk des Alten Bundes zahlreich genug geworden ist, um das Land zu bevölkern, das Gott ihm verheißen und in das er es geführt hat. Das Gebot „Machet euch die Erde untertan“ sei richtiger zu übersetzen mit: „Nehmet das Land in Besitz.“ Was diese Auslegung bzw. Übersetzung angeht, lassen wir uns gern von den Exegeten als den zuständigen Fachleuten belehren.

Aber auch schon im herkömmlichen Verständnis besagt der Text doch gar nicht das, was man ihm neuerdings zur Last zu legen beliebt. Wenn es heißt, „wachset und mehret euch und erfüllet die Erde“, so ist doch damit die Kapazität (Fassungskraft, Tragfähigkeit) der Erde deutlich genug als Grenze des Wachstums bezeichnet und keine Überfüllung der Erde gewollt oder gar befohlen. Und wenn Gott dem Menschen als vernunftbegabtem Geschöpf die Herrschaft über die vernunftlose Schöpfung zuerkennt, so doch gewiß, damit er über sie in einer Weise herrsche, wie es der Vernunft entspricht, wobei er nicht zuletzt diejenigen Tugenden übt, in denen er seine Überlegenheit über die Sachwelt gerade dadurch wahr, daß er sich nicht von ihr und



ihren Reizen dazu fortreißen läßt, sie zu mißbrauchen oder gar ihre Schätze mißbräuchlich zu verbrauchen. Schlicht und recht verstanden sagt die Schöpfungstheologie, sagt der biblische Schöpfungsbericht das aus, was ohnehin auch unsere Vernunftseinsicht uns sagen würde. Nichtsdestoweniger sind wir den Exegeten dankbar für diese so ansprechende und überzeugende Auslegung der alttestamentlichen Aussagen.

Im Zug der heutigen Bestrebungen, die katholische Soziallehre stärker als theologische Disziplin auszubauen, wird versucht, auch die Erlösungstheologie oder Theologie der Heilsordnung auf Fragen des gesellschaftlichen (sozialen, ökonomischen, politischen) Lebens anzuwenden. Konkrete, erst gar operationale Ergebnisse dieser Bemühungen scheinen aber noch auszustehen. Wenn es heißt: „Angesichts der gegenwärtigen Situation, in der die Menschen bei ihrer zukünftigen Entwicklung an Grenzen stoßen, die ihre Überlebensmöglichkeiten in Frage stellen, vertraut ein christliches Ethos auf Gott und seine Zusage. Diese Zusage läßt den Glaubenden aber nicht passiv abwarten, sondern fordert ihn heraus, aktiv und verantwortlich die Durchsetzung einer Menschlichkeit voranzutreiben, die auf der Sinnlinie der Verkündigung Jesu liegt und die auch noch für nachfolgende Generationen Lebensmöglichkeiten offen hält“ (181 f.), so ist eine solche Aussage doch äußerst allgemein und unbestimmt. Zweifellos besteht in Gottes Plänen zwischen dem auf Grund kosmischer Gegebenheiten unausbleiblichen „Ende der Welt“, insbesondere des Lebens auf dieser Erde, und der Wiederkunft Christi und der Vollendung der Gottesherrschaft ein Zusammenhang; letztes Ziel und Ende kann kein anderes sein als die Vollendung der Gottes-

herrschaft. Wie die kosmischen Ereignisse auf dieses Ziel hingeordnet sind und ihm dienen, ist uns nicht geoffenbart.

Um unseren Pflichten zu genügen sowohl gegenüber der heutigen Menschheit, d. i. gegenüber unseren heute zum sehr großen Teil unter entwürdigenden Verhältnissen lebenden Mitmenschen, als auch gegenüber der künftigen Menschheit, d. i. gegenüber den Generationen, die nach uns kommen werden und unerträgliche Lebensbedingungen vorfinden, wenn wir ihnen eine von uns ausgeplünderte Erde als unser „Erbe“ hinterlassen, dazu bedürfen wir keines Einblicks in die Geheimnisse, die der Vater zu wissen sich vorbehalten hat. „Eschatologisches Denken“ kann und soll uns motivieren. Für die Aufgaben aber, die wir nicht gegen, nicht ohne, sondern nur mit der großen Mehrheit der Menschen, die unseren Glauben nicht teilen, auf Grund der ihnen mit uns gemeinsamen Vernunftseinsicht anzupacken und einer (näherungsweise) Lösung zuzuführen haben, gibt das eschatologische Denken uns keine zusätzliche(n) Weisung(en). Hier scheinen mir die Ausführungen des dritten Teils Erwartungen zu erwecken, die sie nicht einlösen, die schlechterdings nicht einlösbar sind. – Das „Nachwort“ (202–207) von W. Dreier steigt erfreulicherweise zu praktisch-konkreten Schlußfolgerungen herab. Das Ganze ist eine höchst verdienstvolle Arbeit, der man nur viele aufmerksame und aufgeschlossene Leser wünschen kann.

Oswald v. Nell-Breuning SJ

<sup>1</sup> Wilhelm Dreier – Reiner Kümmel, Zukunft durch kontrolliertes Wachstum. Naturwissenschaftliche Fakten. Sozialwissenschaftliche Probleme. Theologische Perspektiven. Ein interdisziplinärer Dialog. Münster: Regensburg 1977. 217 S. (Theorie und Praxis der christlichen Sozialethik. 1.) Kart. 24,-.